
Vorwort

Die Immobilien finanzierenden Banken in Deutschland sehen sich zunehmend einem immensen öffentlichen Druck seitens der Verbraucherzentralen ausgesetzt. So meinen findige Verbraucherschützer ein Hintertürchen gefunden zu haben, durch das Kreditnehmer bei historisch niedrigen Zinsen ihr altes Immobiliendarlehen ohne Vorfälligkeitsentschädigung zurückzahlen und einen neuen Kredit mit wesentlich niedrigeren Zinsen aufnehmen können. Konkret geht es dabei überwiegend um den Vorwurf trivialer Normabweichungen, die den Kredit vergebenden Banken in der Formulierung der Widerrufsbelehrung unterlaufen sein sollen. Deren gesetzliche Vorgaben hatten sich allein zwischen 2002 und 2010 sieben Mal geändert, wodurch selbst sachkundigste Bankjuristen bei der genauen Abfassung des Wortlauts von Widerrufsbelehrungen in ein juristisches Labyrinth geleitet wurden. In diesem Fall könnten nun nach Auffassung der Verbraucherschützer Kreditnehmer, die mit Abschluss ihres Vertrages nicht ordnungsgemäß über ihr 14-tägiges Widerrufsrecht belehrt wurden, dieses Recht zeitlich unbegrenzt ausüben. Bankkunden, die sonst nie auf die Idee gekommen wären, ihren laufenden Vertrag vorzeitig zu beenden, würden damit die Risiken eines fairen Vertrags im Nachhinein bedenkenlos der anderen Seite zuweisen und die Niedrigzinsphase auf Kosten von Banken, Volksbanken und Sparkassen ausnutzen.

Verbraucherschutzverbände treiben diese Entwicklung weitgehend voran, denn sie fordern seit langem, die Vorfälligkeitsentschädigung generell abzuschaffen. Dies wäre aber nur durch eine tief in das Vertragsrecht einschneidende Gesetzesänderung möglich und ist zudem mit vernünftigen Zielen des Verbraucherschutzes unvereinbar. Es würde nur zu einer rechtspolitisch bedenklichen Erhöhung von Darlehenszinsen und zur Quersubventionierung zwischen verschiedenen Typen von Kreditnehmern führen.

Widerruf bei Hypothekenkrediten

Wer schützt uns vor diesem Verbraucherschutz

Schäfer, H.-B.

2015, IX, 21 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07572-9